

Region

Projekt liegt auf – und Widerstand regt sich sofort

Court/Grenchen Das Projektdossier zum geplanten Windpark Montoz-Pré Richard liegt ab heute öffentlich auf. Bereits zu Wort gemeldet haben sich die Gegner des Windparks Grenchenberg: Sie fordern eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung.

Der vom Energie Service Biel (ESB) geplante Windpark auf dem Montoz-Pré Richard nimmt einen nächsten Schritt: Das Projektdossier zur Überbauungsordnung mit Baugesuch liegt ab heute während 30 Tagen bei der Gemeindeverwaltung von Court öffentlich auf. Das Windpark-Projekt Montoz-Pré Richard ist eine Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde Court und dem ESB. Die öffentliche Auflage des Projektdossiers stelle einen wichtigen Meilenstein dar im Hinblick auf die Verwirklichung des Windparks, teilte der Energie Service gestern mit.

Auf die Mitteilung des ESB haben gestern umgehend die Gegner des geplanten Windparks auf dem Grenchenberg vom Verein «Pro Grenchen» reagiert. Der Grund: Die beiden Projekte sollen zwar in unterschiedlichen Kantonen aber dennoch praktisch nebeneinander entstehen, zwischen dem ESB und den Städtischen Werken Grenchen (SWG) besteht eine Zusammenarbeitsvereinbarung. Unter anderem ist die gemeinsame Nutzung der elektrischen Leitungen vorgesehen. «Pro Grenchen» fordert, dass aufgrund der räumlichen Nähe der beiden geplanten Windparks eine neue, gemeinsame Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt werden müsse. Dies würde vor allem den Windpark auf dem Grenchenberg in der Planung weit zurückwerfen. Dass genau dies die Absicht ist, daraus macht der Verein kein Geheimnis. Der Titel seiner Mitteilung: «Windpark Grenchen: Zurück auf Feld eins?»

Beim ESB hat man wenig Verständnis für das Anliegen von «Pro Grenchen». Die geforderte koordinierte UVP habe bereits stattgefunden, heisst es auf Anfrage. Da das Windparkprojekt auf dem Grenchenberg zwei Jahre Vorsprung habe, seien die Erkenntnisse der UVP dieses Projektes als Vorbelastung in jene des Projektes auf dem Montoz-Pré Richard mit eingeflossen. «Dieses Vorgehen gilt als koordiniert und wurde durch die Behörden akzeptiert.» *mt*